

82.074

Schutz der Mutterschaft. Volksinitiative

Protection de la maternité. Initiative populaire

Botschaft und Beschlussentwurf vom 17. November 1982 (BBI III, 845)
 Message et projet d'arrêté du 17 novembre 1982 (FF III, 805)

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer à la proposition du Conseil fédéral

Anträge Vannay

Bundesbeschluss, Art. 2

Hauptantrag

Volk und Ständen wird die Annahme der Initiative empfohlen.

Eventualantrag

Streichen

Propositions Vannay

Arrêté fédéral, art. 2

Proposition principale

... au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative.

Proposition subsidiaire

Biffer

77.231

Parlamentarische Initiative

Familienpolitik (Nanchen)

Initiative parlementaire

Politique familiale (Nanchen)

Herr **Eggli** unterbreitet namens der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Am 13. Dezember 1977 reichte Nationalrätin Gabrielle Nanchen eine parlamentarische Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein. Sie beantragte, der Bund solle in Anwendung von Artikel 34quiquies und gestützt auf Artikel 34ter und Artikel 64 der Bundesverfassung gesetzliche Bestimmungen erlassen, die einen wirklichen Familienschutz schaffen. Diese Bestimmungen sollen nach der Meinung der Initiantin insbesondere die folgenden Massnahmen vorsehen:

1. Die Einrichtung einer obligatorischen Mutterschaftsversicherung, die nach dem Modell der AHV finanziert wird.

1.1 Diese Versicherung deckt die durch Schwangerschaft und Niederkunft entstandenen Kosten für die Pflege durch den Arzt und medizinische Hilfspersonen sowie für Arzneimittel und Spitalaufenthalt.

1.2 Sie gewährt während eines 16wöchigen Mutterschaftsurlaubs, von dem 10 Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft entfallen, ein Taggeld. Dieses beträgt für Arbeitnehmerinnen mindestens 80 Prozent des entgangenen Lohns und für nichterwerbstätige Frauen gleich viel wie der Erwerbsersatz für Nichterwerbstätige im Militärdienst.

1.3 Ein solches Taggeld erhält auch die erwerbstätige Mutter oder der erwerbstätige Vater, wenn sie oder er zur Pflege eines kranken Kindes zu Hause bleiben muss.

1.4 Ist der Mutterschaftsurlaub abgelaufen oder wird ein Kleinkind zur späteren Adoption in Pflege genommen, so kann, wenn beide Eltern erwerbstätig sind, der Mutter oder dem Vater ein Elternurlaub gewährt werden. Dieser Urlaub dauert höchstens neun Monate und gibt Anspruch auf eine Entschädigung, die grundsätzlich 80 Prozent des entgangenen Lohnes ausmacht.

2. Den Schutz der schwangeren Frau vor Kündigung des Arbeitsvertrages. Der Kündigungsschutz wird auch Frauen und Männern in den Fällen der Ziffern 1.2, 1.3 und 1.4 gewährt, und die aufgrund des Arbeitsvertrages erworbenen Rechte bleiben in diesen Fällen gewahrt.

3. Die Förderung der beruflichen Wiedereingliederung und der Umschulung der Frauen, die aus familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit für mehrere Jahre unterbrochen haben.

4. Die Einrichtung einer eidgenössischen Familienzulageordnung für die Erwerbstätigen, die insbesondere einen interkantonalen Ausgleich vorsieht.

Texte de l'initiative parlementaire

En application de l'article 34quiquies et sur la base des articles 34ter, 1^{er} alinéa, lettres a et g, 34novies, 3^e alinéa, et 64 de la constitution fédérale, des dispositions légales seront édictées en vue de la mise en œuvre d'une protection réelle de la famille.

Ces dispositions comprendront notamment les mesures suivantes:

1. La création d'une assurance-maternité obligatoire, qui sera financée selon le modèle de l'AVS.

1.1 Cette assurance couvrira les frais médicaux, paramédicaux, pharmaceutiques et hospitaliers occasionnés par la grossesse et l'accouchement.

1.2 Durant un congé de maternité de 16 semaines dont 10 après l'accouchement, elle garantira le versement d'une indemnité journalière qui correspondra, pour les travailleuses, au moins à 80 pour cent du salaire perdu, et, pour les femmes n'exerçant pas d'activité lucrative, qui sera égale au montant de l'allocation pour perte de gain revenant aux personnes non actives qui effectuent un service militaire.

1.3 Une même indemnité sera également versée à l'un des parents salariés lorsque la présence de la mère ou du père est requise auprès d'un enfant malade.

1.4 A l'échéance du congé de maternité ou lors de la prise en charge d'un enfant en bas âge en vue d'adoption, un congé parental pourra être accordé à la mère ou au père lorsque chacun d'eux est salarié. Ce congé pourra s'étendre au plus sur une durée de 9 mois et donnera droit à une indemnité correspondant en principe à 80 pour cent du salaire perdu.

2. La protection des femmes enceintes contre la résiliation du contrat de travail, la même protection étant accordée aux femmes et aux hommes dans les cas mentionnés sous chiffre 1.2, 1.3 et 1.4, ainsi que le maintien dans les mêmes cas des droits acquis découlant du contrat de travail.

3. L'encouragement de la réinsertion professionnelle et du recyclage des femmes ayant interrompu leur activité lucrative pendant plusieurs années pour des raisons familiales.

4. L'institution d'un régime fédéral d'allocations familiales aux salariés prévoyant notamment une compensation intercantonale.

Erwägungen der Kommission

Die mit der Prüfung der Initiative beauftragte Kommission bot am 5. September 1978 Frau Nanchen Gelegenheit, ihren Vorstoss zu begründen. Nach Prüfung eines Berichtes des Bundesamtes für Justiz über die Frage der Verfassungsmässigkeit der Initiative und von weiteren Unterlagen, namentlich des Bundesamtes für Sozialversicherung und des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, beschloss die Kommission am 18. April 1978 mit 9 gegen 8 Stimmen, ihre Beratungen auszusetzen, bis der Bericht des

Bundesrates über die Volksinitiative «für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft» vorliegt. Dieser Bericht wurde den Räten mit Botschaft vom 17. November 1982 unterbreitet.

An ihrer Sitzung vom 21. Februar 1983 anerkannte die Kommission, die auch die Volksinitiative «für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft» vorzubereiten hat, die Bedeutung der Mutterschaftsversicherung. Sie ist der Meinung, dass eine Mutterschaftsversicherung, die den heutigen Verhältnissen entspricht, massvoll und politisch durchsetzbar sein muss. Das trifft für einen grossen Teil der Initiativbegehren zu.

Der Bundesrat hat in seiner Vorlage über die Teilrevision der Krankenversicherung dem Parlament Anträge für einen Ausbau der Mutterschaftsversicherung unterbreitet, die mit Ausnahme des Elternurlaubs diesen Begehren weitgehend entsprechen. Diese Vorschläge werden auch als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative betrachtet. Danach sollen die Leistungen der Mutterschaftsversicherung insbesondere im Rahmen der neu vorgeschlagenen obligatorischen Krankengeldversicherung stark ausgebaut werden. Nach dem Entwurf des Bundesrates hätte künftig jede Arbeitnehmerin bei Mutterschaft Anspruch auf einen Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen mit einem Taggeld von 80 Prozent ihres versicherten Verdienstes. Die gleiche Leistungsdauer ist auch für die freiwillige Krankengeldversicherung vorgesehen, welche selbständig erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Frauen offensteht. Etwas erweitert werden auch die Mutterschaftsleistungen, die im Rahmen der – weiterhin freiwilligen – Pflegeversicherung gewährt werden. Diese Versicherung soll auch ein minimales Taggeld für Frauen einschliessen, die nicht der obligatorischen Krankengeldversicherung unterstehen, also insbesondere für Hausfrauen. In den Genuss von Pflegeleistungen sollen auch nicht versicherte Mütter in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen gelangen können, also Mütter, die überhaupt keine Prämien bezahlt haben. Die Mutterschaftsleistungen der Pflegeversicherung sollen voll aus Bundesmitteln finanziert werden. Schliesslich ist vorgesehen, den Kündigungsschutz des Arbeitsverhältnisses auf die gesamte Dauer der Schwangerschaft und auf den Mutterschaftsurlaub auszudehnen.

Die nationalrätliche Kommission für die Vorberatung dieses Geschäftes hat sich bereits mit den Vorschlägen des Bundesrates zur Mutterschaftsversicherung befasst und ihnen vollumfänglich zugestimmt. Die Vorlage wird voraussichtlich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode im Nationalrat zur Diskussion stehen.

Angeichts der bereits getätigten Vorarbeiten zur Teilrevision der Krankenversicherung erachtet es die Kommission nicht als angebracht, die parlamentarische Initiative in einem besonderen Verfahren zu behandeln. Die Anliegen der Initiantin, die mit der Teilrevision der Krankenversicherung nicht erfüllt werden, können bei der Beratung dieses Geschäftes im Rat erneut vorgebracht werden.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 13 zu 5 Stimmen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben und sie abzuschreiben.

Proposition de la commission

Par 13 voix contre 5, la commission propose au conseil de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire et de la classer.

Antrag Vannay

Der Initiative Folge geben.

Antrag Lang

Punkt 4 der Initiative Folge geben.

Antrag Kaufmann

Der Initiative sei in Ziffer 3 und 4 Folge zu geben.

Proposition Vannay

Donner suite à l'initiative.

Proposition Lang

Donner suite au point 4 de l'initiative.

Proposition Kaufmann

Donner suite aux points 3 et 4 de l'initiative.

Eggli, Berichterstatter: Ihre Kommission hat an einer Sitzung vom 21. März die Botschaft des Bundesrates über die Volksinitiative für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft beraten. Mit 12 zu 5 Stimmen hat sie dem Antrag des Bundesrates an die Bundesversammlung, Volk und Ständen zu empfehlen, die Initiative zu verwerfen, zugestimmt. Dieser Beschluss der Kommission kann wie folgt begründet werden (ich setze voraus, dass Sie den Inhalt der Botschaft und der Initiative kennen):

Ich beschränke mich also darauf, die Überlegungen der Kommission darzulegen. Die Initiative bezweckt die Einführung einer selbständigen obligatorischen Mutterschaftsversicherung. Diese Mutterschaftsversicherung soll die bisherigen Regelungen über die Krankenversicherung ablösen. Die Befürworter der Initiative in der Kommission begründen dies damit, dass Mutterschaft keine Krankheit sei und daher nicht über die Krankenversicherung geregelt werden könne. Im weiteren verlangen die Initianten den obligatorischen und allgemeinen Versicherungsschutz, die vollständige Deckung aller infolge Krankheit, infolge Schwangerschaft und Geburt entstehenden Arzt-, Pflege- und Spalkosten, einen Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen, wovon mindestens 10 Wochen nach der Geburt bei voller Lohnzahlung, für nichterwerbstätige Versicherte ein angemessenes Taggeld während der Dauer des Mutterschaftsurlaubes sowie Kündigungsschutz für die ganze Dauer der Schwangerschaft. Für erwerbstätige Eltern wird ein Elternurlaub von mindestens neun Monaten verlangt, der der Mutter oder dem Vater oder beiden teilweise zusteht. Für die Mutter beginnt er nach dem Mutterschaftsurlaub, für den Vater kann er nach der Geburt beginnen. Für untere Einkommen hat die Versicherung das volle Familieneinkommen zu decken. Der Kündigungsschutz während des Elternurlaubes ist wie beim Mutterschaftsurlaub sicherzustellen, ohne Einbusse der durch das Arbeitsverhältnis erworbenen Rechte.

Zur Begründung wird unter anderem aufgeführt: Für das Neugeborene sind die ersten Lebenswochen und -monate die entscheidendsten. Es sollte Geborgenheit und Wärme geniessen, also eine Bezugsperson haben, die sein soziales Empfinden prägt. Die Mutter soll nicht aus finanziellen Gründen oder aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes sich entweder für die Berufarbeit oder für das Kind entscheiden müssen, sondern Mutterschafts- und Erwerbstätigkeit in Einklang bringen können. Es ist für das Kind von entscheidender Bedeutung, dass sich die Eltern ihm in den ersten Monaten seines Lebens ohne finanzielle Sorgen widmen können. Die Eltern des Kindes sollen frei darüber entscheiden können, wie sie sich in ihre gemeinsame Aufgabe teilen, ohne die ihnen von der Gesellschaft aufgezogene Rolle spielen zu müssen. Was in anderen Ländern wie Österreich, Schweden, Frankreich und der Bundesrepublik längstens Praxis ist, ist auch bei uns durchführbar.

Momentane staatspolitische, konjunkturelle oder finanzielle Schwierigkeiten dürfen uns nicht den Blick in die Zukunft verbauen. Der bezahlte Elternurlaub fördert die Solidarität der Gesellschaft gegenüber alleinstehenden Müttern und gegenüber Eltern, für die die Ankunft des Kindes eine grosse materielle Belastung ist.

Die Mehrheit der Kommission betrachtet die Initiative als überflüssig. Der geltende Artikel 34quinquies der Bundesverfassung ermöglicht die Erfüllung aller in der Initiative aufgeführten Forderungen, sei dies das Obligatorium, die Deckung aller infolge Schwangerschaft und Niederkunft

entstehenden Arzt-, Pflege- und Spitalkosten oder der Mutterschaftsurlaub sowie die Taggeldversicherung. Sogar für den Elternurlaub wäre nach diesem Verfassungsartikel eine gesetzliche Regelung möglich. Die Initiative würde bei einer Annahme nur den Auftrag in die Bundesverfassung bringen, innert fünf Jahren ein entsprechendes Gesetz auszuarbeiten, wobei nicht sicher ist, ob dieses dann in einer Volksabstimmung angenommen würde. Bundesrat und Kommissionenmehrheit verzichten darauf, der Initiative einen formellen Gegenvorschlag gegenüberzustellen, und zwar weil bereits mit der Botschaft 81.044 über die Teilrevision der Krankenversicherung ein materieller Gegenvorschlag vorliegt.

Ihre Kommission, die die Teilrevision des Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetzes berät, hat in erster Lesung die Mutterschaftsversicherung und den Abschnitt Taggeldversicherung durchberaten. Wenn wir die Beschlüsse der Kommission zur Revision des KVMG und die Forderungen der Initiative betrachten, so sehen wir, dass bereits zahlreiche Punkte erfüllt werden. Eine Gegenüberstellung zeigt folgendes: Die Initiative will, dass sämtliche Kosten bei Schwangerschaft und Geburt gedeckt werden (gleiche Leistungen an alle Frauen). Bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes heisst es, dass die Kosten wie bisher gedeckt werden. Neu ist, dass nichtversicherte Frauen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen vier Fünftel der gesetzlichen Leistungen erhalten.

Für die Finanzierung verlangt die Initiative eine obligatorische Mutterschaftsversicherung mit Beiträgen nach dem AHV-System. Die Kommission hat beschlossen, dass die Krankenkassen die Kosten über Bundessubventionen vergütet erhalten.

Die Initiative verlangt einen «Mutterschaftsurlaub» von 16 Wochen, wovon mindestens 10 Wochen nach der Geburt. Im Gesetz wurde festgelegt: 16 Wochen, wovon mindestens 8 Wochen nach der Geburt. Die Initiative verlangt bei der Mutterschaftsversicherung während 16 Wochen den vollen Lohnersatz für Erwerbstätige; für Nichterwerbstätige entsprechend ein angemessenes Taggeld. Das KVMG schreibt die obligatorische Versicherung für alle Arbeitnehmer vor. Die Versicherung bezahlt 80 Prozent des versicherten Verdienstes während der 16 Wochen. Wer dem Obligatorium nicht unterstellt ist, erhält ein vom Bundesrat zu bestimmendes Taggeld.

Der von der Initiative geforderte Elternurlaub kann nicht gewährt werden. Die Initiative verlangt des weiteren den Kündigungsschutz auch während der gesamten Dauer des Mutterschaftsurlaubs. In der KVMG-Revision wurde festgelegt, dass der Kündigungsschutz nach Ablauf der Probezeit während der ganzen Dauer der Schwangerschaft gilt.

Die Kommissionenmehrheit will der Forderung nach einer speziellen Mutterschaftsversicherung gemäss Initiative nicht nachkommen. Sie erkennt zwar an, dass die Schwangerschaft keine Krankheit ist. Aber es darf sicher gesagt werden, dass bei einer Mutterschaft gleiche oder zumindest ähnliche Leistungen wie bei einer Krankheit notwendig sind und diese Leistungen in der Regeln auch durch die gleichen Personen erbracht werden. Im übrigen wird es nicht immer leicht sein, Schwangerschaftsbeschwerden von gewöhnlichen Krankheitsbeschwerden zu unterscheiden. Zudem hat sich die Integration der Mutterschaftsversicherung in die Krankenversicherung bewährt, was auch künftig der Fall sein wird. In den anderen europäischen Staaten ist die Verbindung von Kranken- und Mutterschaftsversicherung ebenfalls üblich.

Die Finanzierung erfolgt – wie bereits angedeutet – ebenfalls nicht der Initiative entsprechend. Anstelle der geforderten Lohnprozente respektiv -promille und des Beitrages des Bundes übernimmt der Bund gemäss Artikel 34 KVMG die vollen Kosten für Schwangerschaft, Pflege und Niederkunft sowie einen Beitrag an die Spitalkosten für das Neugeborene bis längstens 10 Wochen nach der Geburt. Das heisst also: der Bund richtet die Beiträge an die Krankenkassen aus.

Dagegen werden die Prämien für die Taggeldversicherung

durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer über Lohnprozente beglichen. Es zeigt sich also, dass mit der über das KVMG angestrebten Lösung mindestens ein Teil der Kosten von der öffentlichen Hand übernommen und damit dem Umstand Rechnung getragen wird, dass die Geburt eines Kindes nicht nur für die Familie, sondern auch für die Gesellschaft ein Ereignis ist.

Nicht entsprochen wird in der KVMG-Revision dem Postulat des Elternurlaubs von neun Monaten nach dem Schwangerschaftsurlaub: Eine solche Forderung geht nach Ansicht der Kommissionenmehrheit aus heutiger Sicht zu weit. Es ist zuzugeben, dass die Geburt eines Kindes in einer jungen Familie, verknüpft mit der Aufgabe der Erwerbstätigkeit der Frau, zu finanziellen Schwierigkeiten führen kann. Mit dem Elternurlaub wird dieses Problem jedoch nicht gelöst, sondern nur verzögert. Es trifft zu, dass es für die Entwicklung des Kindes von Bedeutung ist, wenn es in den ersten Lebensjahren durch die Mutter oder den Vater betreut wird. Untersuchungen zeigen, dass die ersten vier bis fünf Jahre im Leben eines Kindes für dessen Leben Prägung sind. Also auch hier wäre das Problem durch ein Jahr nicht gelöst.

Nicht zu unterschätzen sind auch die Kosten des Elternurlaubs. Der Bundesrat schätzt dieselben auf rund 491 Millionen Franken pro Jahr (Seite 49 der Botschaft), was für Arbeitgeber und Arbeitnehmer Lohnabzüge von je 0,2 bis 0,25 Lohnprozenten bedeuten würde. Es dürften mit Recht Zweifel darüber geäussert werden, ob Arbeitgeber und insbesondere Arbeitnehmer bereit sind, solchen Lohnabzüge zuzustimmen, nachdem nicht einmal der Teuerungsausgleich überall gewährleistet ist. Allerdings wird in der Initiative verlangt, dass Bund und Kantone entsprechend der AHV-Finanzierung einen Beitrag aus allgemeinen Mitteln für die Finanzierung hätten. Dadurch würden sich die Lohnabzüge reduzieren. Nimmt man Zuwendungen der öffentlichen Hand von 20 Prozent an, so würde dies rund 100 Millionen ergeben; diese fehlen aber heute schon in der Bundeskasse.

Es gibt noch zahlreiche Gründe, weshalb der Elternurlaub kurzfristig im Rahmen der heute anstehenden Verbesserungen des Mutterschutzes nicht zu verwirklichen ist. Zum Beispiel wäre abzuklären, wie weit die jungen Frauen zusätzlich am Arbeitsplatz benachteiligt würden. Würde das Freihalten des Arbeitsplatzes garantiert, müsste während der Zeit des Urlaubs eine Ersatzkraft eingestellt werden, die dann in der Folge wieder zu entlassen wäre.

Die Kommission ist sich allerdings bewusst, dass es mit der Ablehnung der Initiative nicht getan ist. Es wurde klar festgelegt, dass wir in Zukunft eine familienfreundlichere Politik betreiben müssen. Dabei wird an eine fortschrittliche Revision des Mutterschaftsartikels im KVMG, aber auch an bessere, die Familie berücksichtigende Steuergesetze, an fortschrittlichere Kinder- und Familienzulagenregelungen, Stipendien usw. gedacht. Wenn es auf Bundes- und Kantons-ebene gelingt, gerechtere Regelungen zu verwirklichen, haben wir etwas Besseres geschaffen und mehr erreicht, als es mit dieser Initiative möglich ist!

Aus diesen Überlegungen heraus beantragt Ihnen die Mehrheit der Kommission, dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen und Volk und Ständen die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

M. Dupont, rapporteur: Pour vous exposer les travaux effectués par la commission chargée d'étudier l'initiative populaire «pour une protection efficace de la maternité», nous allons tout d'abord analyser le contenu de cette initiative et les arguments qu'il convient d'évoquer à son sujet. Je vous présenterai ensuite le jugement de la commission en la matière, puis la situation en ce qui concerne la révision partielle, actuellement en cours, de la loi sur l'assurance-maladie et l'assurance-maternité, puisque cette révision apporte une manière de contre-projet indirect à l'initiative; enfin, avant l'exposé des dernières conclusions de la commission, le problème du congé parental que cette révi-

sion n'introduit pas fera l'objet d'un développement particulier.

L'initiative a pour but l'introduction d'une assurance-maternité indépendante et obligatoire. Cette assurance-maternité remplacerait la réglementation actuelle dans le cadre de l'assurance-maladie. Les défenseurs de l'initiative, au sein de la commission, justifient cette proposition en déclarant que la maternité n'est pas une maladie et ne devrait dès lors pas être réglementée dans le cadre de l'assurance-maladie. L'initiative demande, en outre, une couverture d'assurance obligatoire et générale; la couverture intégrale des frais médicaux, pharmaceutiques et hospitaliers, résultant de la grossesse et de l'accouchement; un congé de maternité de seize semaines au minimum, dont dix semaines au moins après l'accouchement avec compensation intégrale de salaire. Pour les assurées n'exerçant pas d'activité lucrative, une indemnité journalière équitable pendant le congé de maternité, une protection contre le licenciement pendant toute la durée de la grossesse. Pour les parents exerçant une activité lucrative, un congé parental de neuf mois au minimum, qui peut être pris par la mère ou le père, ou partiellement par l'un et l'autre. Pour la mère, le congé parental commence après le congé de maternité; pour le père, il peut commencer après la naissance. Pour les revenus inférieurs, les prestations d'assurance doivent couvrir intégralement le revenu familial. La protection contre les licenciements s'étend à toute la durée de la grossesse, du congé de maternité et du congé parental, les droits acquis découlant des rapports de travail étant garantis.

Les arguments qui nous ont été présentés en faveur de l'initiative sont les suivants: pour le nouveau-né, les premières semaines et les premiers mois de la vie sont décisifs, il devrait jouir de la sécurité et de la chaleur que lui donne une personne qui s'occupe toujours de lui et marque son environnement social. La mère ne devrait pas, pour des raisons financières, ou par crainte de perdre sa place de travail, être obligée de faire un choix entre la profession et l'enfant, entre la maternité et son activité lucrative. Pour l'enfant aussi, il est important que ses parents puissent s'occuper de lui pendant les premiers mois de son existence, sans avoir de soucis financiers. Les parents de l'enfant doivent décider librement de quelle manière ils veulent partager la tâche commune, sans être obligés de jouer le rôle qui leur est imposé par la société. Ce qui est pratiqué depuis longtemps dans d'autres pays: Autriche, Suède, France, République fédérale d'Allemagne, devrait être possible chez nous aussi. Certaines difficultés momentanées de caractère politique, conjoncturel et financier, ne devraient pas nous empêcher de préparer l'avenir. Le congé parental est une manifestation de solidarité de la société à l'égard des mères seules et des parents pour lesquels la venue d'un enfant est une grosse charge matérielle.

J'en viens aux appréciations de la commission. La majorité est d'avis que l'initiative est superflue. L'article 34^{quinties} de la constitution fédérale permet de réaliser tous les postulats inscrits dans l'initiative, que ce soit l'assurance obligatoire, la couverture de tous les frais médicaux, pharmaceutiques et hospitaliers, résultant de la grossesse et de l'accouchement, ou le congé de maternité ainsi que l'assurance pour une indemnité journalière. Le congé parental, lui aussi, serait possible sur la base de l'article constitutionnel existant. L'initiative n'apporterait rien de nouveau dans la constitution, si ce n'est le mandat d'élaborer une loi d'application, dans un délai de cinq ans, sans que l'on soit sûr qu'elle serait acceptée dans une votation populaire. Conseil fédéral et commission renoncent également à opposer formellement un contre-projet à l'initiative, pour la bonne raison que la révision de l'assurance-maladie constitue déjà en fait un contre-projet.

Je voudrais apporter les précisions suivantes en ce qui concerne l'état de la révision partielle de la loi sur l'assurance-maladie et maternité. La commission du Conseil national qui traite la révision partielle de la loi sur l'assu-

rance-maladie et maternité (LAMM) a déjà délibéré, en première lecture, de l'assurance-maternité et du chapitre sur les indemnités journalières. Si l'on compare maintenant les décisions de la commission qui s'occupe de la révision de la LAMM avec les exigences de l'initiative, on constate que plusieurs de ses revendications sont satisfaites. Cette comparaison donne le résultat suivant: l'initiative demande un congé de maternité de seize semaines au minimum, dont dix semaines au moins après l'accouchement; la révision porte de dix à seize semaines la durée des prestations en cas de maternité. L'initiative prévoit que les assurées, exerçant une activité lucrative, ont droit à la compensation intégrale de leur salaire pendant le congé de maternité; un plafond peut être fixé pour le salaire assuré en concordance avec le régime en vigueur dans d'autres branches des assurances sociales. La révision propose l'assurance d'une indemnité journalière obligatoire, c'est-à-dire le versement durant les seize semaines du congé maternité d'une indemnité pour perte de gain égale à 80 pour cent du salaire. Selon l'initiative, les assurées n'exerçant pas d'activité lucrative ont droit à une indemnité journalière équitable pendant le congé de maternité; la révision crée une indemnité journalière spéciale pour les femmes non assujetties à l'assurance obligatoire destinée à couvrir certains frais dus à l'accouchement. L'initiative demande que la Confédération institue une protection étendue contre le licenciement pour toute la durée de la grossesse, du congé de maternité et du congé parental, les droits acquis découlant des rapports de travail étant garantis; la révision de la LAMM prévoit une extension de la protection contre le licenciement à toute la période de la grossesse et aux seize semaines qui suivent l'accouchement.

Après cette comparaison, il nous est possible d'énumérer les revendications de l'initiative non satisfaites par la révision de la LAMM. Ces revendications sont l'institution d'une protection efficace de la maternité par voie législative, l'institution d'une assurance-maternité obligatoire et générale, le congé parental de neuf mois au minimum faisant suite au congé de maternité; la possibilité existant pour le père de prendre le congé parental dès la naissance. Ces trois points seulement ne sont pas satisfaits mais, il est vrai qu'ils sont d'importance.

Enfin, je vous rappelle que selon l'initiative, l'assurance-maternité serait financée, d'une part, par des contributions de la Confédération et des cantons, d'autre part par des cotisations de toutes les personnes exerçant une activité lucrative, selon le régime institué par la législation sur l'AVS, l'employeur prenant à sa charge la moitié au moins des cotisations des salariés. La révision envisage pour sa part le financement des prestations médico-pharmaceutiques et de l'indemnité journalière spéciale en cas de maternité par des subsides fédéraux, les indemnités journalières obligatoires étant couvertes par les cotisations en pour-cent des salaires des employeurs et des travailleurs. Ainsi, d'une manière générale, l'introduction d'une assurance spéciale pour la maternité n'est pas acceptée. La majorité de la commission constate effectivement que la grossesse n'est pas une maladie mais on peut aussi affirmer que la grossesse nécessite des soins identiques à ceux qui sont donnés en cas de maladie. De plus, il doit être très souvent malaisé de distinguer entre des maux résultant de la grossesse et ceux consécutifs à la maladie.

L'intégration de l'assurance-maternité dans le cadre de l'assurance-maladie à caractère social a fait ses preuves. Il en sera de même à l'avenir. Dans les autres pays européens, une telle relation entre assurance-maladie et assurance-maternité est courante. De même, le financement ne correspond pas aux propositions formulées dans l'initiative. En lieu et place des pour-cent et pour-mille sur le salaire et de la contribution de la Confédération, l'Etat central prendrait à sa charge, selon l'article 36 de la LAMM, la totalité des frais résultant de la grossesse, des soins et de l'accouchement, ainsi qu'une contribution aux frais pour le traitement de l'enfant dans un établissement hospitalier pendant dix semaines au plus après la naissance. Cela signifie que la

Confédération rembourse aux caisse-maladie les frais effectifs. En revanche, les cotisations pour l'indemnité journalière sont financées par un prélèvement sur le salaire payé par l'employeur et le salarié. Dans la solution visée par la LAMM, une partie au moins des frais est prise en charge par les pouvoirs publics, tenant ainsi compte du fait que la naissance d'un enfant est un événement important pour la famille mais aussi pour la société.

Le problème du congé parental rend nécessaires quelques remarques. Dans la révision de la LAMM, on n'a pas inclus le postulat relatif au congé parental de neuf mois après le congé de maternité. Une telle exigence va trop loin de l'avis de la majorité de la commission. On admet que la naissance d'un enfant dans une jeune famille peut provoquer des difficultés financières surtout si la mère doit cesser toute activité lucrative. Avec le congé parental, ce problème ne serait pas résolu mais différé seulement. Il est parfaitement exact qu'il est important pour l'enfant que sa mère ou son père s'occupe de lui pendant les premières années de son existence. Des enquêtes nous apprennent que les quatre ou cinq premières années sont décisives pour l'enfant. Mais ici aussi le problème ne serait pas résolu.

On ne peut pas minimiser le coût du congé parental. Au chiffre 652.3 du message, le Conseil fédéral l'évalue à quelque 491 millions de francs par année, ce qui exigerait la perception d'une retenue sur le salaire de 0,2 pour cent à la charge de l'employeur et du salarié. On peut douter qu'employeur et salarié soient d'accord d'accepter de telles déductions à une époque où le renchérissement n'est pas toujours compensé. Il est vrai que l'on demande dans l'initiative que la Confédération et les cantons, à l'instar du financement de l'AVS, contribuent pour une part en puisant dans leurs ressources générales. Cela permettrait de diminuer les déductions sur les salaires. En admettant une participation de 20 pour cent, cela donnerait 100 millions qui manquent déjà dans la caisse fédérale.

Il existe de nombreuses autres raisons de ne pas réaliser pour le moment le congé parental dans le cadre de ces mesures pour la protection de la maternité. Il faudrait par exemple examiner la question de savoir si les jeunes femmes ne seraient pas défavorisées sur le marché du travail. On devrait en effet maintenir pour le ou la bénéficiaire du congé parental une place de travail libre, engager une force de travail de remplacement que l'on devrait licencier au retour du salarié à la fin de son congé.

En conclusion, la commission est consciente du fait que le refus de l'initiative ne résout rien. On a dû admettre qu'il fallait à l'avenir pratiquer une politique favorable à la famille. On pense, dans ce contexte, à une révision progressive des articles de la loi sur l'assurance-maladie et maternité relatifs à l'assurance-maternité, à des lois fiscales tenant mieux compte des charges familiales, aux allocations de ménage et aux allocations familiales, aux bourses, etc. Si nous parvenons à trouver des solutions plus justes sur les plans fédéral et cantonal, nous aurons réalisé un progrès par rapport à ce qui est proposé par l'initiative. Telles sont, dans l'ensemble, les raisons pour lesquelles la commission, par 12 voix contre 5, a approuvé la proposition du Conseil fédéral de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative. Nous vous suggérons d'en faire de même.

Vetsch: Die FdP-Fraktion lehnt die Volksinitiative «für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft» und die parlamentarische Initiative «Familienpolitik» ab. Damit lehnt sie weder die Mutterschaft noch deren Schutz ab. Mutterschaft und Familie schätzen wir sehr hoch ein. Wir teilen aber die Zielsetzung und deren Begründung durch die Initianten nur teilweise. Wir sehen den Lösungsweg so, wie er vom Bundesrat vorgeschlagen wird. Die Initiative lehnen wir insbesondere ab, weil die Forderungen nach einem bezahlten Elternurlaub nicht erfüllbar sind. Wir haben vom Kommissionspräsidenten gehört, welchen Kostenumfang die Initiative beansprucht. Gesamthaft geht es um Kosten von über einer Milliarde Franken. Der Elternurlaub verursacht Kosten von etwa 500 Millionen Franken.

Wir haben uns lange über Massnahmen zur Erhaltung der Arbeitsplätze unterhalten, wir haben einem Beschäftigungsprogramm zugestimmt. Das nützt aber alles nichts, wenn wir nicht willens sind, die sozialen Ansprüche auf das wirtschaftlich Tragbare auszurichten. Die Grenzen sind hier aber sichtbar geworden! Überforderung bedeutet Gefährdung des Erreichten. Und das lassen wir nicht zu. Nicht wer auf diese Tatsache hinweist, gefährdet den Sozialstaat, sondern wer die Grenzen nicht sieht oder nicht sehen will.

Eine weitere Tatsache gibt es zu beachten: immer weniger Erwerbstätige haben für immer mehr Sozialleistungen die Finanzierung zu tragen. Die Frage, was für sie noch tragbar ist, beziehungsweise, was sie zu tragen noch bereit und in der Lage sind, stellt sich kategorisch. Wir sehen deshalb die Verbesserung der Mutterschaftsversicherung auf dem Weg, wie er vom Bundesrat in seiner Botschaft vorgeschlagen wird: im Rahmen des in der parlamentarischen Vorberatung stehenden Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetzes. Damit können die wichtigsten Anliegen der Initianten (abgesehen vom bezahlten Elternurlaub) ohne neue Verfassungsbestimmung erfüllt werden. Es sind wesentliche Verbesserungen mit Kostenfolgen von über einer halben Milliarde Franken eingeleitet worden. Auf die Details ist bei der Beratung der Gesetzesvorlage Krankenversicherung dann einzugehen, wenn die Kommission ihre Arbeiten abgeschlossen hat; Kommissionspräsident Eggli hat die Absichten umrissen.

Die Familie verdient unseren Schutz und unsere Förderung. Der Gesetzgeber hat diesen Schutz, so gut er kann, zu gewähren. Seine Möglichkeiten sind aber beschränkt. Unser erstes Anliegen muss es sein, den Familiensinn wieder zu stärken. Wir müssen die Stellung und das Ansehen der Frau als Mutter wieder ihrer Bedeutung entsprechend heben und anerkennen. Unser Anspruchs-, Konsum- und Vergnügungsdenken und -handeln ist gegen die Familie gerichtet. Überspitzte Forderungen nach Gleichstellung von Mann und Frau und die Gleichmacherei schützen und fördern die Familie leider nicht. Wir dürfen die Mutterschaft nicht – wie es die Initianten fälschlicherweise tun – als Diskriminierung der Frau hinstellen. Die Initianten denken zu sehr nur an die erwerbstätige Frau. Sie schliessen es aus, dass eine erwerbstätige Frau die Erwerbstätigkeit aufgibt und während einiger Jahre eben «nur» Mutter ist. Und das ist falsch! Ein Elternurlaub von neun Monaten genügt ohnehin nicht. Abgesehen davon, dass ein Arbeitsplatz nicht ohne weiteres so lange mit Stellvertretern freigehalten werden kann, muss eine Mutter – oder ein Vater, das lassen wir wahlweise offen –, will sie, beziehungsweise er, die anspruchsvolle, wichtige Aufgabe ganz erfüllen, den Kindern während mehrerer Jahre möglichst ganz zur Verfügung stehen. Eine Erwerbsersatzordnung hierfür würde aber offensichtlich jeden möglichen Rahmen sprengen.

Mutter- und Vaterpflichten bedeuten nicht nur Verzicht, sie bedeuten vielmehr Lebenserfüllung, eine beglückende und auch ohne Lohn eine lohnende Aufgabe. Wir teilen die vom Bundesrat geäußerte Auffassung, dass es primär um den Schutz der Familie als tragende Säule unserer gesellschaftlichen und staatspolitischen Ordnung, um die Förderung der Erziehung der Kinder in der Familie gehen muss, und nicht in erster Linie um die Erwerbstätigkeit der Frau und Mutter bzw. beider Eltern.

Schöne Worte allein genügen nicht. Die Haushaltrechnung muss stimmen. Diesbezüglich ist bis heute aber nicht etwa nichts geleistet worden. Zur Unterstützung der Familie haben wir unter anderem die Kinderzulagen und Familienordnung, steuerliche Erleichterungen, Stipendien, soziale Versicherungsprämien, den sozialen Wohnungsbau, der vor allem jungen Familien zugute kommen muss. In diesem Rahmen sind zweifelsohne auch Verbesserungsmöglichkeiten gegeben.

Die FdP-Fraktion stimmt den Anträgen des Bundesrates und der Kommission zu, die Volksinitiative abzulehnen, sowie der Kommission, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu leisten. Die Anträge Kaufmann und Lang konnten wir in der Fraktion nicht behandeln. Ich kann Ihnen

persönlich aber in dem Sinne zustimmen, als die Anliegen betreffend Förderung der beruflichen Wiedereingliederung und Einrichtung einer eidgenössischen Familienzulageordnung näher überprüft werden sollen.

M. Gautier: La maternité est très probablement l'un des plus extraordinaires événements qui puisse survenir dans une existence humaine. C'est évidemment un phénomène d'abord biologique mais qui comporte des conséquences sociales et économiques. On a déjà beaucoup parlé de ces conséquences et l'on va continuer. J'y reviendrai moi-même aussi. Mais vous permettez au médecin que je suis, qui a eu depuis trente ans le privilège de rencontrer des centaines, peut-être des milliers de femmes qui venaient d'accoucher, de dire que par-dessus tout, la maternité est un événement d'une grandeur, d'une beauté et d'un retentissement psychologique probablement uniques.

Cela est si vrai que de nombreux artistes se sont inspirés d'elle, et vous me permettez, pour une fois, de me laisser aller à un certain romantisme en vous citant, dans le texte original, un fragment d'un poème d'Adelbert von Chamisso consacré au délire amoureux de la mère devant son enfant. Voilà ce qu'écrivait, il y a un peu plus d'un siècle, Adelbert von Chamisso:

An meinem Herzen, an meiner Brust,
Du meine Wonne, du meine Lust!
Das Glück ist die Liebe, die Lieb ist das Glück,
Ich hab es gesagt und nehm's nicht zurück.
Hab überglücklich mich geschätzt,
Bin überglücklich aber jetzt.
Nur die da säugt, nur die da liebt
Das Kind, dem sie die Nahrung gibt,
Nur eine Mutter weiss allein,
Was lieben heisst und glücklich sein.
O wie bedaur ich doch den Mann,
Der Mutterglück nicht fühlen kann!
An meinem Herzen, an meiner Brust,
Du meine Wonne, du meine Lust!

Ayant tenté de vous rappeler ici la noblesse de la maternité, je suis, hélas! bien obligé de revenir à des considérations un peu plus terre à terre.

Notre groupe votera les propositions de la majorité de la commission, soit le classement de l'initiative parlementaire de Mme Nanchen et la recommandation de rejet de l'initiative populaire «pour une protection efficace de la maternité».

Nous sommes favorables au principe d'une protection efficace de la maternité. Reste à savoir ce que l'on entend par «protection efficace». Pour nous, c'est permettre à la femme de mettre au monde un enfant dans les meilleures conditions possibles, après une grossesse contrôlée médicalement et socialement, de pouvoir se remettre de ses couches tout en soignant son bébé, sans être en proie aux soucis financiers puis, si elle le désire, de pouvoir retrouver son poste de travail. Tout cela peut être réalisé par la révision de la loi sur l'assurance-maladie et maternité qui sera soumise à ce conseil dans quelques mois. Le rapporteur de langue française a d'ailleurs rappelé que les dispositions concernant la maternité ont déjà été acceptées par la commission compétente.

Par contre, notre groupe ne peut accepter les demandes de l'initiative populaire ou de l'initiative de Mme Nanchen qui vont plus loin – qui vont trop loin – en tout cas pour le moment. Le congé parental que réclament ces deux initiatives n'est pas acceptable actuellement. D'une part, il ne correspond pas aux habitudes de la plus grande partie du peuple suisse. Personnellement, je n'ai absolument rien contre la répartition des tâches ménagères entre les deux moitiés d'un couple, il m'arrive même de la pratiquer. Cela ne m'empêche pas de penser que, dans la réalité, le partage de ces tâches ne se rencontre que chez un petit nombre de couples. Mon expérience professionnelle me démontre quotidiennement que c'est presque toujours la mère qui donne les soins à son bébé. C'est d'ailleurs fort

bien ainsi, car même le vote de l'alinéa 2 de l'article 4 de la constitution n'a pas réussi à rendre les hommes maternels et aussi aptes que leurs compagnes à soigner un bébé.

Il me paraît donc pour le moins prématuré d'introduire dans la constitution une disposition accordant indifféremment neuf mois de congé payé, au père ou bien à la mère.

En ce qui concerne la mère, outre les seize semaines de congé-maternité et les semaines supplémentaires pour l'allaitement, un congé plus long peut déjà lui être accordé, soit par le biais de dispositions de droit cantonal, soit par celui de contrats de droit privé. En outre, ces neuf mois de congé payé coûteraient cher – il faut bien y venir! – aussi bien aux finances publiques qu'à l'économie en général. Or, vous connaissez l'état des unes et l'autre. Ce n'est guère le moment de les surcharger par une mesure certainement généreuse mais qui peut attendre, étant donné les autres améliorations qui seront apportées dans ce domaine.

Je voudrais, toujours à propos de cette initiative, vous signaler maintenant un petit problème de droit constitutionnel: le financement des dépenses est prévu dans le texte de l'initiative, à l'alinéa 5, lettre b, par des «cotisations selon le régime institué par la législation sur l'AVS». Cela reviendrait à introduire pour la première fois dans notre constitution, une disposition où un article constitutionnel serait soumis à une loi. En modifiant la loi sur l'AVS, on modifierait de fait en même temps un article constitutionnel. Cela me paraît être une méthode quelque peu curieuse.

En résumé, nous ne voyons ni la nécessité ni la possibilité de réaliser ce projet de congé parental et nous voterons l'arrêté fédéral qui propose le refus de l'initiative populaire. Dans l'initiative de Mme Nanchen, on trouve, en outre, diverses demandes. Je voudrais revenir sur deux d'entre elles. La première concerne l'adoption et demande un congé payé pour la mère qui reçoit un enfant à adopter. J'ai fait une proposition dans ce sens à la commission qui traite de la révision de la loi sur l'assurance-maladie. Si mon souvenir est exact, je n'ai trouvé que trois collègues sur 31 pour me soutenir. Je le regrette car je crois qu'il y a là un problème réel. On m'a dit, à la commission, que ce problème pouvait être traité à une autre occasion. Je serais très heureux d'entendre ce qu'en pense le chef du Département fédéral de l'intérieur. La deuxième demande de Mme Nanchen concerne le congé de la mère dont l'enfant tombe malade. Là aussi, le problème est réel et entraîne très souvent l'hospitalisation, pour raisons sociales, d'un enfant, avec tous les inconvénients que cela provoque, tant pour l'enfant que pour la mère et avec tous les frais que cela comporte pour la collectivité. Là aussi, je serais heureux de savoir si M. Egli, conseiller fédéral, prévoit d'apporter une solution à ce problème.

D'autre part, je ne puis suivre Mme Lang et M. Kaufmann lorsqu'ils proposent de donner suite au point 4 de l'initiative de Mme Nanchen, qui demande un régime fédéral d'allocations familiales.

Pour notre groupe, il s'agit là d'une tâche incombant avant tout aux cantons. Nous tentons depuis des années, de parvenir à une répartition des tâches entre la Confédération et les cantons; ce n'est certes pas le moment de «rénchevêtrer» ces tâches.

Je voudrais, en terminant, revenir à ce que j'ai dit au début de mon intervention. Notre groupe est conscient de la nécessité d'améliorer le sort des futures mères. Mais nous voudrions que l'on n'oublie pas qu'à côté des problèmes matériels qu'elle peut poser, la maternité est avant tout une joie et un bienfait. J'espère ainsi avoir rappelé que la maternité est beaucoup plus et beaucoup mieux qu'une simple question d'assurance sociale, même si ce problème-là se pose.

Frau Morf: Die sozialdemokratische Fraktion ist sowohl für die Volksinitiative als auch für die parlamentarische Initiative von Gabrielle Nanchen, und zwar in der Überzeugung, Mutterschutz sei nicht so sehr ein Problem der Finanzierung als der Prioritätensetzung und auch der Solidarität. Wenn man

sich fragt, welchen Stellenwert in der Schweiz der Mutterschutz hat, muss man daran erinnern, dass der Bundesrat seit 1945 durch den Artikel 34quinquies der Bundesverfassung verpflichtet gewesen wäre, eine Mutterschaftsversicherung einzurichten, und auch daran erinnern, dass er es bis heute nicht getan hat.

Der Schutz der Mütter scheint in der Schweiz kein vorrangiges Thema zu sein, auch wenn vor allem von sozialdemokratischer Seite her immer wieder parlamentarische Vorstösse in dieser Richtung gemacht worden sind, während liberale Parlamentarier, wie zum Beispiel Herr Gautier, sich damit begnügen, Chamisso-Gedichte zu rezitieren. Es brauchte die von Frauenorganisationen, den Gewerkschaften, den Sozialdemokraten und den anderen linken Parteien gemeinsam lancierte Initiative für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft und auch die parlamentarische Initiative von Gabrielle Nanchen, unserer ehemaligen Kollegin, um den Mutterschutz auf die Traktandenliste zu bringen.

Die Volksinitiative wurde 1980 mit fast 136 000 Unterschriften eingereicht. Darauf wurde die Behandlung der parlamentarischen Einzelinitiative von Gabrielle Nanchen zum gleichen Thema, aber mit einigen zusätzlichen Forderungen, bis zur Behandlung dieser Volksinitiative zurückgestellt. Erst Ende letzten Jahres kam die Botschaft des Bundesrates mit der Empfehlung ans Parlament, die Volksinitiative abzulehnen. Im Februar schloss sich, nach einer kurzen Sitzung, die nationalrätliche Kommission – mit Ausnahme der Sozialdemokraten – im Eiltempo dieser Meinung an und lehnte zugleich, ohne die Initiantin überhaupt noch einmal anhören zu wollen, die parlamentarische Einzelinitiative von Gabrielle Nanchen ab.

Es schien den meisten sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission typisch zu sein, dass wie immer, wenn Parlamentarier wissen, dass sie mit einem klaren Nein bei den Wählern nicht gut ankommen, auch hier von bürgerlicher Seite mit einem «Ja, aber» argumentiert wurde, etwa in dem Sinn: Ja, der Schutz der Mütter wäre schon wünschenswert, aber das hier geht nun wirklich zu weit.

Herr Bundesrat Egli stellte sich zwar erfreulicherweise voll und ganz hinter die Motive der Volksinitiative. «Es ist immer ein erfreuliches Ereignis, wenn wieder ein junger Schweizer auf die Welt gestellt wird», sagte er; aber dennoch beantragte er Ablehnung, denn nach seiner Meinung sei die Initiative von der Verfassung her unnötig. Es ist natürlich schon möglich, dass die Verfassung die Initiative nicht nötig hat – aber die Mütter, die haben sie nötig.

Es hiess auch, die selbständige Versicherung, die in der Initiative verlangt wird, sei nicht sinnvoll. «Andere Personen, die nicht von der Mutterschaft betroffen sind», sagte Herr Bundesrat Egli und meinte damit wahrscheinlich die Männer, «müssten dann auch zahlen.» Und der Elternurlaub koste zuviel. Das sind Argumente, die ihre Berechtigung haben, vor allem, wenn man daran denkt, dass wir nächstens für die Rüstung wieder ein paar Milliarden zahlen müssen. Da hat man selbstverständlich nicht genug Geld auch noch für die Mütter und Väter – das war uns allen klar.

Als «Trostmümpfeli» in dieser «Ja-aber»-Argumentation wurde stets beschwichtigt, mit den Vorschlägen, die der Bundesrat zur KUVG-Revision gemacht habe, sei die ganze Angelegenheit in Sachen Mutterschutz ja bestens abgedeckt. Daraus können wir Sozialdemokraten zum mindesten eines schliessen: nämlich dass der bundesrätliche Vorschlag – es ist erst ein Vorschlag! – im Zusammenhang mit der KUVG-Revision ganz eigentlich als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative betrachtet werden muss. Erstaunlich ist dabei – noch bevor man Initiative und inoffiziellen Gegenvorschlag miteinander vergleicht –, dass es Leute gibt, die so tun, als wäre dieser bundesrätliche Vorschlag bereits Tatsache, als hätte der Bundesrat dieses kleine Fuder Heu bereits unter Dach gebracht.

In der Kommission gab es sogar Leute, die erklärten, ihnen sei der fette Spatz in der Hand – eben dieser bundesrätliche Vorschlag – lieber als die Taube auf dem Dach (womit sie die Initiative meinten). Sie vergassen in ihrer Euphorie, dass es in Wirklichkeit heute überhaupt erst die Wahl zwi-

schen zwei Vögeln auf dem Dach gibt, wobei nicht einmal auszumachen ist, wie fett der Vogel sein könnte, der dort oben sitzt; denn auch wenn man sich nur noch auf diesen einen Vogel des Bundesrates konzentrieren würde, der so voreilig als Spatz bezeichnet wird, so kann sogar der noch fortfliegen.

Ich bitte deshalb Herrn Bundesrat Egli, uns einmal darzustellen, wie lange es gehen wird, bis wir den in der Kommission zitierten Spatz allenfalls in der Hand halten und beurteilen könnten, wie fett oder wie mager der dann sein würde. Aber vor diesem Vergleich ist von gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Seite etwas Prinzipielles festzuhalten: Mutterschaft ist kein individuelles Risiko. Es ist ein Ereignis, das von der ganzen Gesellschaft mitgetragen werden sollte. Wenn Frauen nicht fähig oder nicht willens wären, Kinder zu gebären, dann gäbe es überhaupt nichts zu legiferieren oder zu politisieren. Es gäbe überhaupt keinen Staat, weil es keine Menschen mehr gäbe, keinen Nachwuchs. An den Anteil der Väter, glaube ich, brauche ich in diesem Rat nicht zu erinnern, der ist Ihnen ohnehin wahrscheinlich immer präsent. Aber es ist schon erstaunlich, dass bei dieser logischen Überlegung – keine Kinder, kein Staat –, die doch sicher jeder und jede nachvollziehen könnte, der Schutz der Mutterschaft bei uns nicht allererste Priorität hat, allein schon im Interesse unseres Staates, wobei ich sogleich mit Nachdruck festhalten möchte, dass das Kinderbekommen ganz gewiss von den allerwenigsten Frauen als Dienstleistung am Staat betrachtet wird.

Dann scheint uns Sozialdemokraten noch eine zweite Feststellung besonders wichtig in diesem Zusammenhang. Mutterschutz müsste noch vor dem Familienschutz einsetzen; denn es gibt ja auch Fälle – vor allem in Familien mit niedrigen Einkommen –, wo die Mütter mit Doppelarbeit, manchmal mit dreifacher und vierfacher Arbeit belastet sind. Dann nämlich, wenn Mütter nicht nur den Haushalt führen und Kinder aufziehen, sondern auch noch arbeiten gehen, weil das Einkommen des Mannes nicht ausreicht, oder wenn sie daneben dem Mann bei seiner Arbeit helfen müssen.

Neben den Lesebuchfamilien jeder Einkommensklasse gilt es vor allem, an die alleinstehenden berufstätigen Mütter zu denken, die einen wirklichen Mutterschutz nötiger haben als alle andern zusammen. Meine Kollegen aus den Gewerkschaften werden auf dieses Thema noch näher eingehen.

Wir haben in unserer Fraktion den KVMG-Revisionsvorschlag des Bundesrates mit unserer Initiative verglichen – was dieser Vorschlag bringen könnte, welche Forderungen er nicht erfüllt. Es ist einiges, das seit bald vierzig Jahren hätte gemacht werden sollen, in diesem Vorschlag enthalten, und das sehen wir als kleinen Erfolg unsererseits an: nämlich 16 Wochen Mutterschaftsurlaub, eine Taggeldversicherung mit Erwerbsersatz in der Höhe von 80 Prozent des Lohnes – die Initiative verlangt allerdings volle Deckung – sowie ein besonderes, kleines Taggeld für Frauen, die nicht dem Obligatorium unterstehen und, was sehr wichtig ist, eine Ausdehnung des Kündigungsschutzes auf die Zeit der ganzen Schwangerschaft und auf den Mutterschaftsurlaub. Heute kann ja jede Frau noch acht Wochen vor der Geburt entlassen werden. Es ist nochmals festzuhalten, dass diese Vorschläge auf ihrem Weg durch die Kommissionen noch ganz übel gerupft werden könnten.

Was ist nicht von der Volksinitiative übernommen worden? Die Initiantinnen sind besonders enttäuscht darüber, dass die ganze Frage des Mutterschutzes im Rahmen der Krankenversicherung behandelt werden soll. Mutterschaft ist nun einmal keine Krankheit. Gut, vielleicht ist es für die Verwaltung praktischer – wie das festgestellt wurde –, gewisse Vorkehren und Leistungen gleich zusammen, in derselben Versicherung, behandeln zu können. Das wollen wir nicht abstreiten. Aber was praktisch für die Durchführung ist, wäre gefährlich im Hinblick auf die Finanzierung. Frauen werden ja heute schon in bezug auf die Prämienszahlungen in der Krankenversicherung diskriminiert. Wenn es heisst, die Bundeskassen seien wieder einmal leer, dann könnte das auch für einen der Krankenversicherung angegliederten

Mutterschutz viel schneller Kürzungen und Verschlechterungen zur Folge haben. Ein Mutterschutz, der aus dem Krankenversicherungskomplex herausgelöst und in eigener Regelung behandelt und finanziert wird, wäre krisensicherer in dieser Beziehung, das heisst, in diesem Bereich wären grössere Hemmungen da, Kürzungen vorzuschlagen. Es sind also durchaus nicht emotionale Gründe, wie uns das in der Kommission vorgeworfen wurde, welche die Initiantinnen für die eigenständige Regelung der Mutterschaftsversicherung votieren liessen.

Die zweite wichtige Divergenz ist die Streichung des bezahlten Elternurlaubs von neun Monaten beim bundesrätlichen Vorschlag. In allen Nachbarländern ist dieser bezahlte Urlaub auf die eine oder andere Art mehr oder weniger weit gehend möglich gemacht worden. Bei uns im «Entwicklungsland Schweiz» wäre wahrscheinlich die finanzielle Belastung zu gross. Die Schweiz steht punkto Brutto-sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung weltweit an der Spitze, aber die 0,4 Prozent der in der Schweiz ausbezahlten Lohnsumme, die nötig wären (und die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geteilt würden), bringen wir offenbar nicht auf, um jenen Eltern, die berufstätig sind, wahlweise die Mutter oder der Vater, jene paar Monate zu finanzieren, die einem Kind seine ersten Lebensmonate in einer geborgenen Umgebung ermöglichen würden, mit all den positiven Folgen, die das ja auch für die Gesellschaft haben könnte.

Was bei Kindern und Eltern finanziell nicht möglich sein darf, ist bei Soldaten und Rekruten immerhin im Lauf der Zeit möglich geworden. Die Initiantinnen haben sich beim Bundesamt für Sozialversicherung nach der Erwerbsersatzordnung für Männer im Militär erkundigt. Dort haben 1981 die ausbezahlten Entschädigungen insgesamt 532 Millionen Franken ausgemacht. Im gleichen Jahr betrugen dort die Einnahmen – Lohnprozente von Arbeitgebern und Arbeitnehmern – insgesamt 667,3 Millionen Franken. Die Versicherung für Lohnausfall bei einem Elternurlaub würde weniger kosten als die Versicherung für Lohnausfall beim Militärdienst. Wie gesagt, Mutterschutz ist eine Frage der Prioritätensetzung.

Gegner der Initiative hören diesen Vergleich übrigens nicht gern. Sie sind sofort mit dem Ausdruck «Giesskannenprinzip» bei der Hand und teilen damit Schweizer und Schweizerinnen in Reiche und Arme – solche, die arbeiten müssen, solche die arbeiten wollen – ein. Sie machen plötzlich Unterschiede zwischen Müttern, die zu Hause bleiben sollen, weil das doch die klassische Mütterrolle sei, und Müttern, die arbeiten gehen müssen, weil halt der Verdienst des Mannes nicht ausreicht. Eines ist allen diesen Überlegungen gemeinsam: sie sind nicht konsequent. Man sieht die Schlaumeierei durchschimmern. Man kommt zum Schluss, dass wir in dieser Beziehung in unserem Land die Solidarität noch viel zu wenig geübt haben.

Die sozialdemokratische Fraktion weiss, dass wir hier im Rat nicht durchkommen, weder mit unserer Volksinitiative noch mit der parlamentarischen Einzelinitiative von Gabrielle Nanchen, auf welche unsere Kollegin Françoise Vannay noch näher eingehen wird.

Wenn wir dennoch daran festhalten, dann erhoffen wir, dass wir damit beitragen, mit der Zeit das nötige Bewusstsein für einen wirklichen, für einen solidarischen Mutter- und Vaterschutz zu schaffen. Möglicherweise wird als Nebenwirkung dadurch auch jener Spatz oder sonstige Vogel, den uns der Bundesrat mit seinem indirekten Gegenvorschlag aufs Dach gesetzt hat, nicht davonfliegen und auch nicht allzu sehr abmagern, bevor wir ihn in der Hand halten. Damit wäre bereits einiges erreicht. Es wäre schön, wenn sich die eine oder andere Ratskollegin, der eine oder andere Ratskollege auch aus den anderen Fraktionen getraute, uns dabei zu unterstützen.

Frau Segmüller: Es ist ein heikles Unterfangen – aber auch ein Gebot der Solidarität –, in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit, in der die Sicherung der Arbeitsplätze und die Sanierung der Bundesfinanzen erste Priorität beanspru-

chen, das Netz der sozialen Sicherheit enger knüpfen zu wollen. Dieses Netz wird ja gerade in solchen Zeiten auf seine Tauglichkeit hin geprüft, und es erweist sich dann für die Betroffenen als besonders schmerzlich, wenn die Maschen zu weit sind und die Leidtragenden ohne Schutz ins Leere zu fallen drohen.

Der in den letzten Jahren erfolgte Ausbau unserer Sozialwerke – AHV/IV, zweite Säule, UVG und Arbeitslosenversicherung – darf sich sehen lassen. Um so mehr fällt nachgerade die Lücke auf, die es in unserem Sicherheitsnetz immer noch gibt. Am Lebensbeginn sind die Sicherheitsmassen viel weiter geknüpft als am Lebensende. Nun ist das Geburtsgeschehen gewiss ein natürlicher Vorgang, und doch kann eine Geburt für die Mutter und auch für die ganze Familie eine Krisensituation heraufbeschwören. Es ist zwar unbestritten die vornehmste Aufgabe der Familie, in eigener Verantwortung für das Wohl und Gedeihen von Mutter und Kind zu sorgen, und niemand wird im Ernst diese Aufgabe voll dem Staat überwälzen wollen. Nicht zu bestreiten ist aber, dass gerade der Staat auf gesunde Familien angewiesen ist. Er soll daher für Rahmenbedingungen sorgen, die eine gedeihliche Entwicklung sicherstellen, und er soll auch im Rahmen seiner Schutzmassnahmen für die Familie ein bestimmtes Mass an sozialer Sicherheit für Mutter und Kind gewährleisten.

Über das notwendige Mass kann man verschiedener Meinung sein. Sicher ist, dass die heutigen Leistungen aufgrund des geltenden Krankenversicherungsgesetzes nach keinerlei Massstab mehr genügen, besonders wenn man sie mit den anderen Sozialwerken vergleicht. Materielle Werte können zwar den Wert der Familie nicht aufwiegen. Das ist jedoch kein Grund, ausgerechnet ihrem verletzlichsten Teil den notwendigen Schutz zu versagen. Es ist zudem der gerechteste Schutz, den man sich denken kann, kommt er doch jeder Mutter und jedem Kind zugute.

Die CVP steht daher grundsätzlich klar hinter der Forderung, den sozialen Schutz von Mutter und Kind auszubauen. In mehreren Vorstössen haben wir diesen Aufbau in den letzten Jahren immer wieder gefordert. Ich erinnere nur an die Motion der CVP-Fraktion und an die Motion von Frau Josi Meier. Mit der Volksinitiative ist nun der Stein ins Rollen gekommen. Das ist ihr zugute zu halten. Gerade die Dringlichkeit der Forderung nach einem wirksamen Schutz der Mutterschaft ist aber der Grund, weshalb die CVP der Volksinitiative nicht zustimmen kann. Zur Initiative Nanchen nehme ich später Stellung.

Die für einen Ausbau notwendige Verfassungsgrundlage existiert seit 1945. Es ist also kein neuer Bundesverfassungsartikel notwendig, um die Begehren der Initiative zu verwirklichen. Zudem ist der geltende Bundesverfassungsartikel 34 Absatz 5 offener. Das heisst, er lässt verschiedene Wege der Realisierung und der Anpassung an veränderte Verhältnisse zu. Was noch schwerer wiegt: Auch bei Annahme der Initiative müsste eine Ausgestaltung auf dem Weg der Gesetzgebung erfolgen. Der absolut schnellste Weg der Verwirklichung ist daher eine Gesetzgebung aufgrund des geltenden Verfassungsartikels.

Dem Bundesrat gebührt Dank, dass er als materiellen Gegenvorschlag im Rahmen der Revision der Kranken- und Mutterschaftsversicherung Vorschläge unterbreitet hat, die die Forderungen der Volksinitiative in all den Punkten erfüllen, bei welchen nach unserem Dafürhalten im gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt Chancen der Verwirklichung bestehen. Die CVP stellt sich daher voll und ganz hinter die in der Kranken- und Mutterschaftsversicherungsvorlage enthaltenen und von der vorberatenden Kommission bereits gutgeheissenen und verabschiedeten Verbesserungen des Schutzes der Mutterschaft.

Es kommt für uns auf die raschmögliche Realisierbarkeit der vorgesehenen Leistungen an. Wir machen deshalb keine Prestigefrage daraus, ob diese als selbständige Mutterschaftsversicherung ausgestaltet oder eben in Bestehendes integriert wird. Eine selbständige Mutterschaftsversicherung an sich bringt noch keine Besserstellung der Mutter, dafür schafft sie das Problem der Finanzierung.

Eine selbständige Versicherung ist nur als Obligatorium denkbar. Diese ist aber kaum sinnvoll, solange die Krankenversicherung mit dem viel höheren Risiko Krankheit nicht obligatorisch ist. Wenn im Rahmen des Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetzes für die versicherten Frauen alle Pflegeleistungen bei Mutterschaft gedeckt und selbst für nichtversicherte Frauen vier Fünftel der Leistungen erbracht werden, so wird eine wichtige Lücke geschlossen. Es besteht keine Notwendigkeit, ein politisch auf grossen Widerstand stossendes Obligatorium der Krankenpflegeversicherung durchsetzen zu wollen.

Anders verhält es sich mit dem Krankengeld: Hier sieht der Bundesrat – in Analogie zum Unfallversicherungsgesetz – neu ein mit Lohnprozenten finanziertes Obligatorium im Rahmen der Kranken- und Mutterschaftsversicherung vor. Damit wird nicht nur die längst fällige Gleichstellung von Unfall und Krankheit im Lohnersatz für alle Arbeitnehmer erreicht, sondern dank der Integration des Mutterschaftsschutzes in dieses Gesetz kann auf diese Weise die grösste und gewichtigste Lücke im Schutz der Mutterschaft geschlossen werden. Es ist viel erreicht, wenn dieses allen Arbeitnehmern, nicht nur den Müttern, zugute kommende Krankengeld-Obligatorium mit seiner lohnprozentigen Finanzierung verwirklicht wird. Als zentrale Punkte erachten wir auch den vorgesehenen Ausbau des Mutterschaftsurlaubes von 10 auf 16 Wochen und des Kündigungsschutzes auf die ganze Dauer des Schwangerschafts- und des Mutterschaftsurlaubes. Auch die weiteren vom Bundesrat vorgesehenen Leistungen finden unsere Zustimmung, wie kleines Taggeld für nichterwerbstätige Frauen und Beiträge an Pflegekosten zu Hause.

Dank der Integration in das KVMG ist die Finanzierung sowohl für die Pflegeleistungen wie auch für das Krankengeld gesichert. Einer raschen Verwirklichung steht daher nichts im Wege. Via Prämienausgleich zwischen Mann und Frau in der Krankenpflegeversicherung bis 10 Prozent und via gleich hohe lohnprozentige Finanzierung für Mann und Frau in der Krankengeldversicherung ist auch das solidarische Mittragen aller Mutterschaftsleistungen durch die Allgemeinheit, öffentliche Hand und Arbeitgeber/Arbeitnehmer gewährleistet.

Zum Elternurlaub: Die CVP lehnt die in der Initiative enthaltenen Forderungen, die über die KUVG-Revisionsvorlage hinausgehen, ab. Wir anerkennen die achtenswerten Motive, die hinter der Forderung nach einem neunmonatigen bezahlten Elternurlaub für alle Arbeitnehmer stehen. Die Realisierung erscheint uns aber als Zukunftsmusik, die in der vorgeschlagenen Form mehr Probleme aufwirft als löst. Wir wissen sehr wohl, dass ein grosser Teil der erwerbstätigen Mütter arbeiten, weil sie dazu gezwungen sind. Doch scheint uns der finanziell kostspielige, bezahlte Elternurlaub, der von allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden müsste, als zu einseitig nur auf die erwerbstätigen Mütter ausgerichtet. Das ist – von einer echten Familienpolitik aus gesehen – problematisch.

Wäre es richtig, einen Familienvater via Lohnprozente zur Mitfinanzierung des Elternurlaubes seiner Kollegen zu zwingen, wenn seine eigene Frau eventuell auf eine Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie verzichtet und er damit ein echtes finanzielles Opfer auf sich nimmt? Offen bleibt auch die Frage, was dann nach dem Elternurlaub zu geschehen habe. Hört der Familienschutz dann auf? Schwer ins Gewicht fällt zudem, dass bei Verwirklichung dieses finanziellen Abenteuers jeder Ausbau der längerfristig sinnvollen und auf die ganze Betreuungsdauer wirksamen Familienzulagen verunmöglicht würde. Es erscheint zumindest zweifelhaft, im vorgeschlagenen bezahlten Elternurlaub für alle, mit seinen schwerwiegenden finanziellen Auswirkungen, eine heute realisierbare vordringliche Aufgabe des Mutterschafts- und Familienschutzes zu sehen.

Für die Verwirklichung eines Elternurlaubes zu einem späteren Zeitpunkt, wenn einmal die obengenannten echten Lücken im Mutterschaftsschutz geschlossen sein werden, haben wir durchaus eigene, differenzierte Vorschläge. Dieser Elternurlaub müsste unseren familienpolitischen Vor-

stellungen besser entsprechen und während der ganzen Entwicklungszeit des Kindes der Mutter oder dem Vater die Möglichkeit geben, immer dann für längere Zeit zu Hause zu bleiben, wenn die besondere Situation des Kindes dies erfordert. Eine finanzielle Abgeltung stände dabei nicht nach dem Giesskannenprinzip, sondern für Sonderfälle zur Diskussion.

Das Nein der CVP zur Initiative ist nicht gleichbedeutend mit einem «rien ne va plus» in der Sozialversicherung. Wir können aber einem unrealistischen «faites vos jeux» oder «Jekami» mit Maximalforderungen, wie sie die Initiative enthält, nicht zustimmen. Denn wir betrachten sie unter den wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten von heute als ein Unterfangen, das die Solidarität zu stark strapaziert. Die CVP will in der Familienpolitik und besonders in der Frage des Mutterschaftsschutzes Prioritäten setzen. Unsere Priorität heisst: Alles daran setzen, dass alle im Zuge der Revision des Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetzes vorgesehenen Leistungen zugunsten der Familie und von Mutter und Kind im besonderen so rasch wie möglich verwirklicht werden. So gesehen hat nicht nur die Bundesverfassung, sondern haben auch die Mütter die Initiative nicht nötig. Es wird damit zwar auch in nächster Zukunft keine eigenständige Mutterschaftsversicherung geschaffen. Vom Leistungskatalog her gesehen werden jedoch im Rahmen des Möglichen alle Wünsche erfüllt. Das alleine zählt. Überdies wird eine Vorselektion der Mutterschaftsversicherung zu einem späteren Zeitpunkt mit diesem Vorgehen keineswegs ausgeschlossen. Wir ziehen diesen weniger spektakulären, aber sichereren Weg über die Revision der Kranken- und Mutterschaftsversicherung der Initiative vor. Wir nehmen dabei in Kauf, dass die Mutterschaft in diesem Gesetz integriert bleibt. Wir betrachten diese Revision als einen durchaus gangbaren, realistischen Weg, eben als einen Spatz in der Hand, der uns lieber ist als die Taube auf dem Dach. Das ist keine Euphorie, Frau Morf; denn es gibt für mich nicht, wie in Ihrem Vergleich, zwei Vögel auf dem Dach, um beim Bild zu bleiben. Der Vogel «Initiative» sitzt noch nicht einmal auf dem Dach, der fliegt noch in der Luft. Der Vergleich hinkt also.

Die Befürchtungen von Frau Morf in bezug auf die Finanzen teilen wir nicht. Im Gegenteil. Wir meinen, dass gerade die Integration der Mutterschaftsleistungen in die Kranken- und Mutterschaftsversicherung garantiert, dass die Finanzierung gesichert bleibt. Wer wirklich so rasch wie möglich eine finanziell verbesserte Stellung der Mutterschaft will, der kann ja gar nicht anders, als der integrierten Lösung in der Kranken- und Mutterschaftsversicherung zustimmen. Einen rascheren Weg gibt es gar nicht. Etwas anderes glauben zu machen, das wäre Schlaumeierei, um Ihr Lieblingswort zu gebrauchen, Frau Morf.

Ich empfehle Ihnen daher Ablehnung der Initiative.

Frau Mascarin: Die Geschichte der Mutterschaftsversicherung ist ein düsteres Kapitel in der schweizerischen Sozialversicherungsgesetzgebung. Der Bundesverfassungsartikel geht auf 1945 zurück. Entgegen diesem Artikel ist so wenig verwirklicht, dass es für die Schweiz nicht einmal möglich ist, entsprechende Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation oder des Europarates zu unterzeichnen. Es ist deshalb völlig fehl am Platz, wenn in der Botschaft des Bundesrates und hier von bürgerlichen Kommissionssprechern festgehalten wird, die Initiative sei überflüssig. Im Gegenteil: Nur dank dieser Volksinitiative ist heute die Mutterschaftsversicherung und der wirksame Mutterschutz überhaupt ein Diskussionsthema. Und was auf Gesetzesesebene verwirklicht ist, ist noch lange nicht real verwirklicht.

Was nützen acht Wochen Arbeitsverbot nach der Niederkunft, wenn keine Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers besteht und keine obligatorische Taggeldversicherung vorhanden ist? Frauen, die auf ihren Verdienst angewiesen sind, sind dann gerade oft auch diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen eben nicht arbeiten sollten, die aber

arbeiten gehen müssen, und die Ärzte stellen dann entsprechende Zeugnisse aus. Ich möchte einmal diese Firma sehen, die ihren Arbeitnehmerinnen über Monate mehrmals täglich die nötige Zeit zum Stillen freigibt! Betriebskinderkrippen gibt es nicht. Bei den heutigen Distanzen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz wäre eine stillende Mutter den ganzen Tag mit Hin- und Herfahren beschäftigt. Beharrt eine Frau darauf, ihr Kind stillen zu dürfen und trotzdem zu arbeiten, was ja nach der gesetzlichen Regelung wunderbar funktionieren sollte, hat sie real mit einer Kündigung zu rechnen und sollte wohl noch dankbar sein, dass ihr nicht schon während der Schwangerschaft gekündigt wurde. Der reale Mutterschutz in der Schweiz ist trotz aller hehren Worte – wie «Recht auf Leben», «Familienpolitik» – minim und bürdet vor allem sämtliche Benachteiligungen durch Schwangerschaft und Kinderbetreuung einseitig und ausschliesslich der Frau auf.

Ich kann mich gut an die Worte von Arbeitgeberseite anlässlich der Debatte hier im Rat zur Frage des gleichen Lohns für gleiche Arbeit erinnern. Argumentiert wurde, man solle die Frauen durch die Forderung nach gleichem Lohn nicht noch zusätzlich auf dem Arbeitsmarkt benachteiligen, es sei ja dem Arbeitgeber nicht mehr zuzumuten, Frauen anzustellen – wie wenn aus der Frauenarbeit mit miserabler Bezahlung nicht noch Extraprofit geschlagen würde.

In dieser Logik bewegt sich auch die Botschaft des Bundesrates, wenn versucht wird, die Forderung nach einem Elternurlaub in eine Benachteiligung für die Frau umzuinterpretieren. Das Gegenteil ist der Fall. Der Elternurlaub würde erstmals ermöglichen, dass die Lasten der Kinderbetreuung nicht mehr ausschliesslich von den Frauen getragen werden müssen. Der Elternurlaub ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Frauen als potentiell Schwangere und Mütter nicht allein die Nachteile am Arbeitsplatz und überhaupt im gesamten gesellschaftlichen Rahmen zu tragen haben. Der Mann als potentieller Vater, der Elternurlaub nimmt, hätte dann in den Augen des kalkulierenden Arbeitgebers das gleiche Risiko an sich wie die Arbeitnehmerin, nämlich das Risiko, als Mensch Kinder zu haben. Das unterscheidet ihn dann auch von dem risikofreien Computer.

Elternurlaub würde es überhaupt erst ermöglichen, dass Kinderbetreuung partnerschaftlich erbracht werden kann. Hier geht es um die Konkretisierungsmassnahmen zum Gleichberechtigungartikel, hier geht es um die Konkretisierungsmassnahmen zum neuen Ehegesetz, und ohne solche Konkretisierungsmassnahmen ist das neue Ehegesetz nur gerade das Papier wert, auf dem es steht. Elternurlaub würde auch dem Vater eine neue Beziehung zum Kind ermöglichen, und davon könnten beide sicher nur profitieren.

Die Botschaft des Bundesrates bringt nicht einmal ansatzweise Lösungsvorschläge in dieser Richtung. Immerhin ist der Elternurlaub in den umliegenden europäischen Ländern verwirklicht und wird auch von der Eidgenössischen Frauenkommission entschieden befürwortet. Die Argumentation zum Elternurlaub, wie sie in der Botschaft vorhanden ist, ist geradezu zynisch. Sinngemäss steht dort nämlich: Weil die Kinder länger als nur ein Jahr intensiv von den Eltern betreut werden müssten, sei es nicht zweckmässig, einen Elternurlaub von neun Monaten für Vater oder Mutter zu ermöglichen. Meine sehr verehrten Herren Bundesräte, Damen und Herren von der Kommissionsmehrheit, dann können Sie doch Ihre familienpolitische Phantasie spielen lassen: treten Sie ein für Arbeitszeitverkürzung für Vater und Mutter, für mehr Ferien, damit die Eltern mehr Zeit für ihre Kinder haben, für Freitage der Eltern, wenn die Kinder krank sind, für Freitage, um die Hausarbeit zu erledigen. Ein Elternurlaub wäre ein realer Schritt in Richtung Gleichberechtigung der Geschlechter nicht nur am Arbeitsplatz, wie es irrtümlich in der Botschaft heisst, sondern auch in der Familie, und wäre ein ausgesprochen familienfreundlicher Schritt.

Das Konzept des Bundesrates ist im Vergleich zur Initiative frauenfeindlich, das möchte ich deutlich sagen. Es schafft weitere Sachzwänge zur Zementierung der traditionellen

Rollenverteilung. Wir wehren uns dagegen, dass die Frauen weiterhin zwischen Beruf und Kinderhaben entscheiden müssen, nur das eine oder das andere haben können, und für einen beruflich erfolgreichen Mann selbstverständlich eine Frau mit ein bis zwei Kindern dazu gehören. Das ist unser Hauptvorwurf, den wir dem Konzept des Bundesrates zu machen haben.

Hinzu kommen weitere Nachteile:

1. Die Frage der Finanzierung: Das Konzept der Initiative mit obligatorischer Versicherung, Finanzierung über Steuern und Lohnprozente wäre für die allermeisten Frauen und Männer günstiger als das Konzept des Bundesrates. Eine eigenständige Mutterschaftsversicherung statt nur ein Anhängsel in der Krankenversicherung würde auch den politischen Willen zur Schaffung eines eigentlichen Mutterschutzes dokumentieren. Die gleichen sachlichen Argumente, die der Bundesrat aufführt, um die Mutterschaftsversicherung in der Krankenversicherung belassen zu können, nämlich die Pflegeleistungen seien ja die gleichen, würden auch dafür sprechen, zum Beispiel die Unfallversicherung in der Krankenversicherung zu integrieren. Bekanntlich ist das auch nicht der Fall. Ausserdem hat Mutterschaft mit Krankheit nichts zu tun.

Der grosse Haken in der Finanzierung im Bundesratskonzept liegt bei der Taggeldversicherung, nur ist dieser Haken in der Botschaft der Mutterschaftsversicherung gar nicht ersichtlich. Erst wenn man die Botschaft zur Krankenversicherungsrevision auch liest, wird er deutlich. Das vorgeschlagene Konzept führt dazu, dass Arbeitnehmer (Frauen oder Männer), die in Betrieben arbeiten, die vorwiegend Frauen beschäftigen und deshalb tiefe Löhne zahlen, die höchsten Lohnprozente für die Taggeldversicherung zu zahlen haben. Das ist ein eigentlicher Skandal!

Nichterwerbstätigen Frauen soll ein Taggeld von 5 Franken zustehen. Das steht zwar auch nicht in der Botschaft zur Mutterschaftsversicherung, das muss man in der anderen Botschaft herausuchen. Nichterwerbstätigen Dienstpflichtigen steht aber ein Taggeld von 15 Franken zur Verfügung. Offensichtlich ist der Ausfall der Arbeitskraft einer Hausfrau wegen einer Geburt dreimal weniger wert als der Ausfall der Arbeitskraft eines nichterwerbstätigen Soldaten.

2. Der Kündigungsschutz: Natürlich anerkennen wir, dass der Kündigungsschutz gegenüber der heutigen Regelung gemäss der Botschaft des Bundesrates ausgebaut werden soll. Aber ein Kündigungsschutz ohne Schutz der erworbenen Rechte am Arbeitsplatz ist nur ein fünfzigprozentiger Schutz. Auch hier grosse Worte mit magerem Gehalt.

3. Ein entscheidender Nachteil der Botschaft des Bundesrates: Die Krankenversicherungsrevision liegt vor der Kommission, die Beratung in den Kammern ist völlig offen, das Resultat bezüglich Mutterschaftsversicherung mehr als ungewiss, und die Befürchtung, dass einmal mehr auf Kosten der Frauen Abstriche gemacht werden, ist sehr wohl begründet aus der Geschichte der Mutterschaftsversicherung und aus dem Geist, der aus der jetzigen Botschaft des Bundesrates spricht. Wir können heute materiell überhaupt nicht Stellung nehmen zur Frage einer Mutterschaftsversicherung, das steht gar nicht zur Debatte, weil wir eine andere Botschaft zu diskutieren haben.

Der Volksinitiative wird mit lauter Versprechungen entgegengetreten, für deren Einhaltung und Verbindlichkeit niemand garantiert. Die einzige Möglichkeit, heute konkret für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft einzutreten, ist die Unterstützung der Volksinitiative. Die Fraktion PdA/PSA/POCH beantragen Ihnen deshalb, die Initiative Volk und Ständen mit der Empfehlung auf Annahme zu unterbreiten. Sollten Sie diesen Antrag ablehnen, so unterstützen wir den Eventualantrag von Frau Vannay, die Initiative sei ohne Empfehlung zur Abstimmung zu bringen.

Zwygart: Damit ein gesundes Gedeihen und Blühen unseres Landes einigermaßen sichergestellt bleibt, ist es eine unserer ersten Pflichten, an unsere jungen Mütter zu denken und ihnen die schwere, aber auch schöne Aufgabe,

Mutter zu werden, möglichst zu erleichtern. Unsere Krankenversicherungen sind bisher diesen Verpflichtungen recht gut und wirkungsvoll nachgekommen. Nun will die Volksinitiative «Schutz der Mutterschaft», unterstützt durch die parlamentarische Initiative Nanchen, zu den bisherigen Hilfen weitere Stützungen zusichern. Neben dem bisher üblichen Mutterschaftsurlaub soll noch ein bezahlter Elternurlaub von neun Monaten gewährt und ein Kündigungsschutz des Arbeitsverhältnisses während der Schwangerschaft und des Elternurlaubes sichergestellt werden.

Sehr willkürlich gewählt scheint mir ein neunmonatiger Elternurlaub. Ein Wickelkind braucht nämlich nicht gehütet zu werden, es braucht eine sorgfältige Pflege. Diese darf aber nach neun Monaten nicht aufhören, vielmehr braucht der kleine Erdenbürger in dem Jahr, da er die ersten Schritte macht, mehr Wartung als ein Wickelkind. Diese Verpflichtung lässt mit dem zweiten Lebensjahr nicht nach, ja sie nimmt mit dem Grösserwerden des Kindes noch zu. Deshalb sehe ich die Begründung für einen neunmonatigen Elternurlaub nicht ein.

Die vorgeschlagene Versicherung wäre neben finanziellen Hilfen von Bund und Kantonen durch Beiträge vom Erwerbseinkommen nach dem Modell der AHV zu finanzieren, was nach angestellten Berechnungen um ein Prozent ausmachen würde. In diesem Punkt erwachsen der Initiative die grössten Widerstände. Denn alle Erwerbstätigen, junge, ledige, kinderlose, ältere Verdienende, die keine Kinder mehr kriegen, müssten der kleinen Gruppe junger Eltern die gewährten Vergünstigungen mitfinanzieren helfen. Es ist wichtig, dass unsere AHV/IV ihren wertvollen Dienst weiterhin ungeschmälert tun kann. Wenn aber die Soziallasten des einzelnen Bürgers immer härter werden – und mit unserer ständig wachsenden Überalterung ist das zu befürchten –, dürfen wir die Lohnprozente unserer im Erwerbsleben stehenden Bevölkerung nicht langsam zu einem Raubzug benützen.

Nachdem unsere Krankenversicherungen mit ihren jahrelangen Erfahrungen und wertvollen Leistungen in der Mutterschaftsversicherung eine solide Basis bilden und nach der bundesrätlichen Botschaft vom 19. August des Jahres 1981 die Revision der geltenden Gesetzesbestimmungen im Bereich der Mutterschaftsversicherung wirkungsvoll ergänzt werden, scheinen mir die wichtigsten Forderungen der Initiativen abgedeckt zu sein, und wir brauchen keine neue Organisation aufzubauen. Freilich können in Einzelfällen wegen besonderer Umstände durch eine Geburt Notzeiten einkehren. Aber ein Bundesgesetz kann sich unmöglich solcher Einzelfälle annehmen. Hier muss sich die örtliche Fürsorge gezielt und tatkräftig solcher Notfälle annehmen und vorhandene Engpässe überbrücken. Diese Fragen gehören auch ins Gebiet der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Der Bund steckt den grossen Rahmen ab. Der Kanton und mit ihm die Gemeinden können besser ermassen, wo besondere Hilfe nötig ist, ohne dass Bundesgelder in ohnehin schon volle Taschen fliessen.

Aus diesen Gründen ist die Volksinitiative abzulehnen und die Initiative Nanchen abzuschreiben. In diesem Sinne unterstützt die unabhängige und evangelische Fraktion den Bundesrat und die Kommissionsmehrheit.

Schnyder-Bern: Die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei nimmt in ablehnendem Sinne zur Volksinitiative für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft Stellung. Sie unterstützt den Antrag des Bundesrates und hält es für richtig, dass in einem ersten Schritt die Mutterschaftsversicherung im Rahmen der Teilrevision der Krankenversicherung gelöst werden soll. Wir sind uns durchaus bewusst, dass bezüglich des Schutzes unserer Mütter während der Schwangerschaft und nach der Niederkunft etwas unternommen werden muss, weil hier empfindliche Lücken bestehen. Es ist vornehmste Aufgabe unserer Gesellschaft, der Mutter und der Familie während der Zeit, da ein Kind zur Welt kommt – und dabei vermehrte Lasten entstehen –, hilfreich zur Seite zu stehen. Im Gegensatz dazu beurteilen wir das von den Initianten geforderte Massnahmenpaket,

angefangen bei der Schaffung einer separaten Mutterschaftsversicherung bis hin zu einem mindestens neun Monate dauernden Elternurlaub, als übertrieben.

Ganz abgesehen davon, dass die überwiegende Mehrheit unseres Volkes solch umfassende und viel zu weit gehende Massnahmen nicht für notwendig hält, dürfte sich namentlich der über die ganze Dauer der Schwangerschaft, des Mutterschafts- und Elternurlaubes erstreckende Kündigungsschutz für jüngere Frauen als echter Bumerang auswirken: Welcher Unternehmer könnte es sich leisten, unter so schwierigen Bedingungen junge Ehefrauen anzustellen? Wenn der Bundesrat uns vorschlägt, das Problem der Mutterschaftsversicherung, des Mutterschaftsurlaubs und des Kündigungsschutzes während der Schwangerschaft im Rahmen der Teilrevision der Krankenversicherung zu lösen, so schliessen wir uns diesem Antrag an. Er ist vernünftig und rasch durchführbar, weil dadurch Bestehendes ausgebaut werden kann. Administrativ werden unerhebliche zusätzliche Vorkehrungen notwendig sein, was ebenfalls von Vorteil sein wird.

Für uns ist es im übrigen nicht von Bedeutung, ob man unter der Schwangerschaft einen krankheitsähnlichen Zustand oder einen völlig natürlichen Vorgang versteht und aus diesem Grunde ein eigenes Versicherungswerk aufziehen will. Entscheidend ist, dass in dieser Situation die Möglichkeit besteht, mit finanziellen Beihilfen zusätzliche Lasten abzunehmen, und dies ist ebenso gut im Rahmen der Krankenversicherung möglich.

Über die detaillierte Ausgestaltung des Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaubes, die Höhe der vorgesehenen Entschädigung und den Kündigungsschutz werden wir zu gegebener Zeit Stellung beziehen. Auf alle Fälle sind die diesbezüglichen Vorschläge des Bundesrates eine sehr gute Diskussionsgrundlage. Sie liegen im Bereiche unserer eigenen Vorstellungen.

Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen deshalb, dem bundesrätlichen Antrag auf Ablehnung der Initiative ohne Gegenvorschlag beizupflichten und der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben und sie abzuschreiben.

Die Anträge Kaufmann und Lang waren uns bei der Behandlung dieses Geschäftes in der Fraktion noch nicht bekannt, weshalb wir dazu noch nicht Stellung beziehen konnten. Persönlich bin ich indessen der Meinung, dass man diesen Anträgen zustimmen sollte. Die Förderung der beruflichen Wiedereingliederung und die Einrichtung einer eidgenössischen Familienzulageordnung sind Postulate, die auch von unserer Partei seit Jahren vertreten werden.

Mme Vannay: Permettez-moi une brève remarque préliminaire: les trois propositions que je vais défendre sont effectivement celles de la minorité socialiste de la commission et, en même temps, celles du groupe socialiste de notre conseil. C'est en raison d'un retard dans le dépôt de ces propositions à l'issue des travaux de notre commission que je me suis trouvée dans l'obligation de les signer personnellement.

Certains propos que nous venons d'entendre, quoi qu'en pensent un grand nombre de députés, doivent être placés sous le signe de la régression et du recul. Recul dans les progrès sociaux, dans la notion même de sécurité et de solidarité. La Confédération a largement démontré cette tendance, en économisant sur la part qu'elle devait réserver au financement de l'AVS/AI – réduction de sa participation de 6 pour cent dès 1975 – lenteur mise à rétablir sa contribution légale dans son intégralité, puis en renonçant aux subsides de l'assurance-chômage, enfin en opérant des coupes claires dans les subsides aux caisses-maladie. On en est arrivé ainsi à une économie de quelque 5 milliards de francs sur les assurances sociales, alors même qu'une des tâches essentielles de l'Etat demeure la protection sociale des citoyens de cet Etat.

De plus, la dixième révision de l'AVS que l'on étudie actuellement ne devra rien coûter, la révision de la LAMA en cours ne devra rien coûter et, finalement, l'assurance-

maternité telle que nous la voulons est bien trop chère et ce n'est surtout pas le moment de l'introduire.

Dans ces conditions, il n'est pas étonnant que la majorité de la commission ait refusé d'entendre les initiants, de traiter à fond le contenu des initiatives et de placer, dans un contexte plus large, le sens de ces initiatives. On se contente plus volontiers, et ce n'est pas M. Gautier qui me contredira, de belles paroles à la gloire de la maternité, à la noble tâche de la mère éduquant ses enfants, tenant son ménage en épouse attentive aux désirs de son mari qui travaille, lui, pour subvenir aux besoins de sa chère petite famille.

Mais, en fait, les deux initiatives, au-delà des revendications précises qu'elles contiennent, nous interpellent sur le rôle de l'homme et de la femme dans la société, au travail, à la maison et sur la famille en elle-même. Dans ce contexte et pour ne pas avoir à se poser trop de questions, on préfère donc se dire que la femme pourra travailler jusqu'au moment où elle aura des enfants mais que, dès qu'elle sera mère, sa place sera définitivement à la maison, et peut-être lui accordera-t-on le droit de s'occuper de choses sociales et bénévoles quand les enfants auront quitté la maison. Aussi, en valorisant le rôle de mère, on peut continuer de pénaliser la femme dans la formation et la qualification professionnelles, sur le marché du travail et par la rémunération de son travail. Moins formée, moins payée, première licenciée, elle sera bien mieux à la maison, surtout si le mari n'aime pas faire le ménage.

Mais, finalement, est-ce cela que nous voulons perpétuer? Certainement pas, et chacun sent bien que de nombreux changements s'imposent, liés surtout à l'organisation du travail et, en particulier, à la durée du temps de travail pour l'homme et pour la femme. C'est par là qu'il faudra commencer si l'on veut vraiment obtenir une égalité entre l'homme et la femme, favoriser une meilleure répartition des tâches dans la société et dans la famille, et, enfin, permettre à la femme d'assumer son rôle de mère tout en exerçant une activité professionnelle si elle le désire.

Il faudra donc bien accorder à la procréation une reconnaissance sociale. On ne peut plus se contenter de recommander à la femme d'avoir si possible trois enfants, considérés comme un capital devant assurer nos vieux jours, tout en continuant de la pénaliser sur le marché de l'emploi ou du logement, et en laissant s'établir une société hostile à l'enfant et aux jeunes. Si le libre choix des femmes, quant au nombre et au moment de leurs maternités, doit être strictement respecté, l'accueil et l'éducation de l'enfant doivent, eux, être favorisés par la société, et c'est un pas dans cette direction que l'on se propose de faire par les deux initiatives pour la protection efficace de la maternité et de politique familiale.

On ne saurait donc admettre que ces questions très importantes soient éludées et que l'on se contente de recommander au peuple et aux cantons de refuser l'initiative. On pourrait tout au plus, à défaut de l'appui de la majorité de notre conseil, accepter que l'on ne fasse aucune recommandation de vote et que l'on supprime l'article 2 de l'arrêté.

Nous ne pouvons pas nous contenter de la mini-réforme prévue à travers la révision de la LAMA et saluée abusivement par la majorité de la commission comme «réalisation satisfaisant dans une large mesure les exigences posées par l'initiative». Il est vrai que seize semaines de congé de maternité sont prévues, de même que la protection contre les licenciements de la femme enceinte, mais ces deux réalisations n'ont de loin pas fait l'unanimité de la commission et l'on ose à peine penser à ce qui pourrait arriver jusqu'à ce que la loi soit définitivement acceptée.

En fait, ce que nous voulons, c'est une vraie assurance-maternité, obligatoire et généralisée, et financée d'une façon sociale, ce qui n'est de loin pas le cas dans la LAMM; une assurance-maternité qui ouvre les droits aux prestations à toute femme, quels que soient son état-civil, son statut d'emploi et son revenu, une assurance-maternité en tant que telle. Cette assurance-maternité doit être financée

le plus possible par l'impôt, sur le plan national et cantonal, et avec un complément de prime perçu en pourcentage des gains et paritairement.

J'insiste sur la part des pouvoirs publics que l'on a tendance à oublier lorsque l'on parle du régime institué par l'AVS, car il est vrai que pour certaines catégories de salariés, ceux et surtout celles qui ont des salaires de misère – et ils sont nombreux – ceux qui ont de lourdes charges de famille, ou pour certaines petites et moyennes entreprises, un surplus de cotisations paraît difficilement acceptable. Aussi ne faut-il pas oublier ce meilleur moyen de financement qu'est l'impôt. Il serait une solution plus équitable et ferait participer à la solidarité – j'ose le dire – certaines catégories de rentiers fort aisés qui ne paient plus de cotisations.

Il est donc possible de financer l'assurance-maternité de façon équitable, et il reste à se demander ce que cela coûterait, si vraiment cela est si cher, si impensable, si insupportable! Les chiffres, nous les connaissons. Les estimations sont de 361 millions de francs pour le congé de maternité, 491 millions pour le congé parental, soit quelque 0,71 pour cent des salaires payés en Suisse, en admettant que l'assurance-maternité soit bien celle prévue par l'initiative populaire et que les frais médicaux, pharmaceutiques et hospitaliers soient couverts par l'impôt, ce qui représenterait au plus une cotisation de 3 fr. 55 par 1000 francs de salaire. Est-ce vraiment si ruineux 3 fr. 55 par 1000 francs de salaire?

Comparons une fois de plus à l'assurance pour perte de gain en cas de service militaire ou civil, obligatoire ou d'avancement. Ces allocations sont financées par les travailleuses, les travailleurs et les employeurs, à raison de 0,3 pour cent, ce qui représentait, en 1981, 705 millions de francs d'encaissement pour 534 millions de francs de prestations. On ne pourra pas prétendre qu'un même effort ne saurait se concevoir pour une vraie assurance-maternité et que l'on ne pourrait pas faire pour la famille ce que l'on fait pour l'homme-soldat et cela pas seulement sur le plan financier, mais aussi sur le plan de la sécurité de la place de travail.

Les employeurs, jusqu'à aujourd'hui, n'ont pas refusé d'engager des hommes parce qu'ils quitteront leur place pour faire du service militaire pour des périodes non seulement de trois semaines, mais encore de quatre mois, voire beaucoup plus lorsqu'ils font de l'avancement. Je ne vois pas pourquoi on brandit cet épouvantail lorsqu'il s'agit des femmes. Je demeure donc persuadée que tous les postulats contenus dans les initiatives, dans l'initiative populaire en particulier, à savoir la couverture de frais médicaux, pharmaceutiques et hospitaliers, les seize semaines de congé-maternité, le congé parental de neuf mois, la protection contre les licenciements, peuvent être réalisés chez nous aussi et qu'il convient de soutenir cette initiative populaire. C'est ce que je vous demande, avec la minorité de la commission, de faire en acceptant de formuler positivement l'article 2 et de recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative.

Si, par hasard, cette proposition vous paraît vraiment démesurée, on pourrait se contenter de biffer cet article 2 et de renoncer à toute recommandation de vote. De plus, il reste une autre possibilité encore et je m'adresse à tous ceux qui pensent qu'une révision de la constitution n'est pas nécessaire, ils ont peut-être raison: que ceux qui reconnaissent que la politique familiale mérite notre soutien, notre réflexion et une nouvelle impulsion renoncent à classer l'initiative parlementaire de Mme Nanchen, initiative de politique familiale conçue en termes généraux.

Le refus de classer cette initiative équivaudrait à charger une commission d'élaborer un projet de loi ou d'arrêté. Cela permettrait à tous ceux et à toutes celles qui appuient en parole seulement la protection de la maternité et de la famille de mettre en pratique ce qui reste aujourd'hui souvent du vent et du trompe-l'œil. Aussi pourrions-nous étudier à fond l'ensemble des problèmes soulevés, présenter au besoin de nouvelles propositions et traiter plus spéciale-

ment des deux thèmes que nous ne trouvons pas dans l'initiative populaire, à savoir l'encouragement de la réinsertion professionnelle et du recyclage des femmes ayant interrompu leur activité lucrative pendant plusieurs années pour des raisons familiales et les allocations familiales.

Telle est la décision que je vous demande de prendre: refuser de classer cette initiative pour permettre à une commission de traiter le fond de la politique familiale dans notre pays. Il ne suffit pas, en effet, de ne retenir que le point 4 ou que les points 3 et 4 de l'initiative; il faut la maintenir dans son entier pour faire vraiment le tour de tous les problèmes de la politique familiale et c'est seulement lorsqu'un travail approfondi aura été entrepris que la commission pourra, conformément à notre règlement, faire des propositions, ajouter ou retrancher des éléments. Aussi est-il prématuré aujourd'hui de prendre des décisions qui limitent le travail parlementaire. C'est pourquoi je vous prie de refuser de classer l'initiative parlementaire et de ne pas vous contenter éventuellement de ne retenir que les points 3 et 4.

Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.50 Uhr

La séance est levée à 12 h 50

Parlamentarische Initiative Familienpolitik (Nanchen)

Initiative parlementaire Politique familiale (Nanchen)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1983
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	77.231
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.03.1983 - 08:00
Date	
Data	
Seite	439-451
Page	
Pagina	
Ref. No	20 011 301

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.